

zum Referentenentwurf zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes

Der ADAC e.V. ist ein nicht-wirtschaftlicher Verein, der seine vorrangige Aufgabe in der Förderung und Aufrechterhaltung der Mobilität seiner Mitglieder sieht. Hilfe, Rat und Schutz nach Panne, Unfall und Krankheit beschreiben den Kern der Tätigkeiten. Ein hohes Engagement zeigt der ADAC für die Verkehrssicherheit sowie die Verkehrserziehung. Unabhängige Verbraucherschutztests dienen der Aufklärung der Mitglieder und tragen u. a. zu Fortschritten bei der Fahrzeugsicherheit, beim Umwelt- und Klimaschutz bei. Der ADAC ist ein anerkannter Verbraucherverband. Die Beratungsleistung für Mitglieder umfasst juristische, technische sowie touristische Themen. Zusätzlich gilt der Einsatz des ADAC der Förderung des Motorsports und des Tourismus sowie der Erhaltung, Pflege und Nutzung des kraftfahrttechnischen Kulturgutes, der Förderung der Luftrettung sowie der Wahrnehmung und Förderung der Interessen der Sportschifffahrt. Im Rahmen der Interessensvertretung setzt sich der ADAC für die Belange der Verkehrsteilnehmenden sowie für Fortschritte im Verkehrswesen unter Berücksichtigung des Umwelt- und Klimaschutzes ein. Der ADAC ist eingetragen im Lobbyregister des Deutschen Bundestags nach dem Lobbyregistergesetz, Registernummer: R002184. Die Interessensvertretung wird auf der Grundlage des Verhaltenskodex nach dem Lobbyregistergesetz und dem ADAC Verhaltenskodex Interessensvertretung betrieben.

Der ADAC e. V. bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Referentenentwurf zum Entwurf eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes Stellung zu nehmen.

Ausgangslage

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die überjährige Verwendbarkeit eines Teils der 2023 für die Finanzierung des Deutschlandtickets vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel auf den Weg bringen soll. Die Auszahlung dieser Restmittel aus 2023 von 350 Mio. Euro soll jedoch nicht 2024, sondern erst im Jahr 2026 erfolgen. Dies stößt auf Kritik seitens der Länder und der Branche.

Bei der Sondersitzung der Verkehrsministerkonferenz am 8.7.24 wurde erneut keine generelle Einigung zwischen Bund und Ländern zur Finanzierung des Deutschlandtickets erzielt. 2025 wird der Preis des Deutschlandtickets von 49 Euro aus Sicht der Länder nicht mehr zu halten sein und somit das Deutschlandticket teurer werden. Im Jahr 2024 soll der Preis von 49 Euro im Monat noch stabil bleiben.

Durch das Deutschlandticket fehlen Verkehrsunternehmen Einnahmen aus bisherigen teilweise teureren Monatsabos oder von Einzeltickets. Deshalb besteht hier die Erwartung des Ausgleichs durch Mittel der öffentlichen Hand, da Bund und Länder die Einführung des Tickets beschlossen hatten. Vereinzelt werden aufgrund der schwierigen finanziellen Lage bereits ÖPNV-Verkehre abbestellt.

ADAC Bewertung

Der ADAC wertet das Deutschlandticket mit mehr als elf Millionen Nutzern grundsätzlich als Erfolg. Aus Sicht des ADAC ist eine langfristig gesicherte Preisgestaltung des Deutschlandtickets von zentraler Bedeutung, um das Vertrauen der Nutzer und potenzieller Nutzer in das Angebot aufrechtzuerhalten und Bezahlbarkeit zu gewährleisten. Es bedarf dafür stabile Finanzierungsmodelle und klare politische

Rahmenbedingungen. Ohne diese Voraussetzungen besteht die Gefahr, dass das Ticket an Attraktivität verliert.

Planungssicherheit ist sowohl für die Nutzer als auch für die Betreiber des ÖPNV generell essenziell. Dies betrifft nicht nur den Preis, sondern auch die Verfügbarkeit und die Zuverlässigkeit des Angebots. Etwaige Angebotskürzungen zum Ausgleich von Finanzierungslücken beim Deutschlandticket würden dem eigentlichen Ziel des Deutschlandtickets, den ÖPNV attraktiver zu machen, entgegenwirken und könnten letztlich zu einer Abwanderung der Fahrgäste führen.

Beim Deutschlandticket läuft seit dessen Einführung eine Diskussion zwischen Bund, Ländern und Verkehrsunternehmen über ungedeckten Finanzbedarf und dessen Finanzierung. Deshalb fehlt Verbrauchern eine mehrjährige Orientierung hinsichtlich der voraussichtlichen Entwicklung des Preises des Deutschlandtickets.

Eine Umfrage unter ADAC Mitgliedern vom Januar 2024 hat gezeigt, dass etwa 40% der Nutzer nicht bereit wären, mehr als 49 Euro für das Deutschlandticket zu bezahlen. Es könnten sich zwar rund 60% der Befragten eine Preiserhöhung vorstellen, allerdings wären lediglich 30% der Befragten bereit, einen Preis von bis zu 59 Euro zu bezahlen. Bei einer Preiserhöhung auf über 59 Euro könnte sich die Nachfrage somit um 70% verringern.

Um den Erfolg langfristig zu sichern, müssen nach Meinung des ADAC Maßnahmen ergriffen werden, die eine verlässliche Preisgestaltung gewährleisten, Planungssicherheit für alle Beteiligten bieten und Angebotskürzungen verhindern. Eine langfristig gesicherte finanzielle Basis in Form eines überjährigen Finanzierungsmodells, das sowohl für Bund als auch Länder bindende Beiträge festlegt, und verlässliche politische Rahmenbedingungen sind dabei unverzichtbar.

ADAC e.V.
Büro Berlin
Unter den Linden 38
10117 Berlin
E-Mail: buero-berlin@adac.de